Änderungsantrag 50
Irene Montero, Ilaria Salis, Estrella Galán
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
(2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe x

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
x) zu bekräftigen, dass sie den rechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und die Angriffe Russlands auf die globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur, einschließlich der Instrumente des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, aufs Schärfste verurteilen; sich für einen vollständigen Waffenstillstand einzusetzen, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern, und für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine einzutreten – einschließlich solider Sicherheitsgarantien auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, durch die etwaige erneute Aggressionen verhindert und unverzüglich abgewehrt werden – und gleichzeitig die uneingeschränkte Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen, die Rückkehr verschleppter ukrainischer Kinder, inhaftierter Zivilisten und Kriegsgefangener sicherzustellen; die Vereinten Nationen dabei zu unterstützen, rechtliche Mechanismen zu ermitteln, mit denen sich eingefrorene russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine mobilisieren lassen, ohne dass eine finanzielle Belastung der EU-Mitgliedstaaten entsteht; die Verurteilung von Cyberangriffen auf Organisationen und Einzelpersonen aus Drittländern, die von Russland und seinen Verbündeten	x) zu bekräftigen, dass sie den rechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und die Angriffe Russlands auf die globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur, einschließlich der Instrumente des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, aufs Schärfste verurteilen; sich für einen vollständigen Waffenstillstand einzusetzen, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern, und für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine einzutreten – einschließlich solider Sicherheitsgarantien auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, durch die etwaige erneute Aggressionen verhindert und unverzüglich abgewehrt werden – und gleichzeitig die uneingeschränkte Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen, die Rückkehr verschleppter ukrainischer Kinder, inhaftierter Zivilisten und Kriegsgefangener sicherzustellen; die Vereinten Nationen dabei zu unterstützen, rechtliche Mechanismen zu ermitteln, mit denen sich eingefrorene russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine mobilisieren lassen, ohne dass eine finanzielle Belastung der EU-Mitgliedstaaten entsteht; die Verurteilung von Cyberangriffen auf Organisationen und Einzelpersonen aus Drittländern, die von Russland und seinen Verbündeten

verübt werden, anzustreben;	verübt werden, anzustreben; ***zu betonen, dass der Wiederaufbau der Ukraine in erster Linie darauf ausgerichtet sein sollte, öffentliche Dienstleistungen, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und zivile Infrastruktur zu stärken, wobei Transparenz, demokratische Teilhabe und die Bekämpfung der Korruption als Bedingungen für einen gerechten Wiederaufbau sicherzustellen sind;***

Or. en

Änderungsantrag 51
Irene Montero, Rudi Kennes, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, Marc Botenga
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
(2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe y

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
y) zu betonen, dass die Arktis ein Gebiet mit zunehmenden geopolitischen Spannungen ist, das durch den Wettbewerb um natürliche Ressourcen und die wachsende militärische Präsenz geprägt ist; ihre tiefe Besorgnis über die destabilisierenden sicherheitsbezogenen und strategischen Aktivitäten Russlands in der Region zum Ausdruck zu bringen; darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Königreichs Dänemark und Grönlands sowie die Selbstbestimmung der grönländischen Bevölkerung zu respektieren und zugleich die starke Ablehnung der grönländischen Bevölkerung gegenüber jeglichen Versuchen von außen, diesen Status ohne ihren freien Willen und ihre Zustimmung zu ändern, zur Kenntnis zu nehmen; die EU und ihre Partner aufzufordern, Dänemark und Grönland bei der Wahrung der Stabilität der Region angesichts externer geopolitischer Druckausübung zu unterstützen, u. a. durch eine verstärkte Zusammenarbeit in der Arktis; zu betonen, dass die EU und die Vereinten Nationen einen stärkeren Schwerpunkt auf die Stabilität, einen konstruktiven Dialog und die uneingeschränkte Achtung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen in arktischen Angelegenheiten legen müssen;	y) zu betonen, dass die Arktis ein Gebiet mit zunehmenden geopolitischen Spannungen ist, das durch den Wettbewerb um natürliche Ressourcen und die wachsende militärische Präsenz geprägt ist; ihre tiefe Besorgnis über die destabilisierenden sicherheitsbezogenen und strategischen Aktivitäten Russlands in der Region zum Ausdruck zu bringen; darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Königreichs Dänemark und Grönlands sowie die Selbstbestimmung der grönländischen Bevölkerung zu respektieren und zugleich die starke Ablehnung der grönländischen Bevölkerung gegenüber jeglichen Versuchen von außen, diesen Status ohne ihren freien Willen und ihre Zustimmung zu ändern, zur Kenntnis zu nehmen; die EU und ihre Partner aufzufordern, Dänemark und Grönland bei der Wahrung der Stabilität der Region angesichts externer geopolitischer Druckausübung zu unterstützen, u. a. durch eine verstärkte Zusammenarbeit in der Arktis; zu betonen, dass die EU und die Vereinten Nationen einen stärkeren Schwerpunkt auf die Stabilität, einen konstruktiven Dialog und die uneingeschränkte Achtung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen in arktischen Angelegenheiten legen müssen; ***die Drohungen der USA in***

Bezug auf Grönland zurückzuweisen; jede mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Drohung, jede Form von Druck oder jeden Anspruch auf territorialen Erwerb zurückzuweisen, insbesondere wenn dies einen Verstoß gegen den Grundsatz des Verbots der Androhung oder Anwendung von Gewalt darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 52
Danilo Della Valle, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Rima Hassan, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Giorgos Georgiou, Irene Montero
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe aa

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
aa) tiefe Besorgnis über die anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, darunter die destabilisierende Rolle Irans und seiner terroristischen Stellvertreter in der Region, zum Ausdruck zu bringen; ***zu betonen, dass die Angriffe der USA und Israels außerhalb des multilateralen Systems stattfinden, das auf Regeln beruht***; uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung für die iranische Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, das iranische Regime für die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste, Massenmorde, willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen scharf zu verurteilen und die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen sowie die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dieser zu fordern, um die Rechenschaftspflicht für alle schweren Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht sicherzustellen; die Annahme der Resolution 2817 (2026) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu begrüßen, in der die Angriffe Irans auf Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien und Irak aufs Schärfste verurteilt werden und die sofortige	aa) ***die Angriffe der Vereinigten Staaten und Israels zu verurteilen, die eine vorsätzliche Verletzung des Völkerrechts außerhalb des multilateralen Systems darstellen, das auf Regeln beruht; die willkürlichen Angriffe israelischer Streitkräfte auf die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur, die nach dem humanitären Völkerrecht als Kriegsverbrechen gelten könnten, aufs Schärfste zu verurteilen; darauf hinzuweisen, dass Israel als Besatzungsmacht verpflichtet ist, das Völkerrecht, einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung und des Verbots kollektiver Bestrafung, uneingeschränkt einzuhalten, und die Rechenschaftspflicht für alle begangenen Verstöße zu fordern; tiefe Besorgnis über die hohe Zahl von Kindern zum Ausdruck zu bringen, die infolge der israelischen Angriffe in Iran ums Leben gekommen sind; zur Kenntnis zu nehmen, dass nach Angaben internationaler Organisationen seit Beginn des Konflikts Hunderte von Kindern getötet oder verletzt wurden, darunter 165 Schulmädchen bei dem durch einen US-Luftangriff verursachten Massaker in Minab und mindestens 200 Kinder allein in Iran;*** tiefe Besorgnis über die anhaltenden militärischen

Einstellung dieser Angriffe gefordert wird; auch die Angriffe Irans auf Israel zu verurteilen; die diplomatischen Bemühungen in multilateralen Foren zu verstärken und eine engere Zusammenarbeit mit den Partnern der EU in der Region anzustreben, um Deeskalation, Wiederaufbau, konstruktiven Dialog und nachhaltige regionale Stabilität im Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Vereinten Nationen zu fördern; die Stärkung der libanesischen Staatsstrukturen als Schlüssel zur Stabilität in Erwägung zu ziehen;

Auseinandersetzungen im Nahen Osten, darunter die destabilisierende Rolle Irans und seiner terroristischen Stellvertreter in der Region, zum Ausdruck zu bringen; uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung für die iranische Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, das iranische Regime für die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste, Massenmorde, willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen scharf zu verurteilen und die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen sowie die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dieser zu fordern, um die Rechenschaftspflicht für alle schweren Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht sicherzustellen; die Annahme der Resolution 2817 (2026) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu begrüßen, in der die Angriffe Irans auf Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien und Irak aufs Schärfste verurteilt werden und die sofortige Einstellung dieser Angriffe gefordert wird; auch die Angriffe Irans auf Israel zu verurteilen; die diplomatischen Bemühungen in multilateralen Foren zu verstärken und eine engere Zusammenarbeit mit den Partnern der EU in der Region anzustreben, um Deeskalation, Wiederaufbau, konstruktiven Dialog und nachhaltige regionale Stabilität im Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Vereinten Nationen zu fördern; die Stärkung der libanesischen Staatsstrukturen als Schlüssel zur Stabilität in Erwägung zu ziehen; ***alle Parteien aufzufordern, echte diplomatische Bemühungen im multilateralen Rahmen zu unternehmen, die auf Deeskalation, Wiederaufbau und die Förderung einer nachhaltigen regionalen Sicherheitsarchitektur auf der Grundlage des Völkerrechts und der gegenseitigen Achtung abzielen; zu betonen, dass langfristige Stabilität im Nahen Osten***

nicht durch militärischen Zwang erreicht werden kann, sondern einen inklusiven Dialog und die Einhaltung rechtlicher Normen erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 53
Rima Hassan, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Hanna Gedin, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Giorgos Georgiou, Irene Montero
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe aa a (neu)

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
	aaa) Angriffe auf zivile Objekte, einschließlich Schulen und Wohngebiete, die zum Tod von Kindern geführt haben und als schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht gelten könnten, aufs Schärfste zu verurteilen; darauf hinzuweisen, dass das Verbot, zivile Objekte ins Visier zu nehmen, einer der elementarsten Grundsätze des humanitären Völkerrechts ist, ferner darauf hinzuweisen, dass Kinder nach dem Völkerrecht Anspruch auf besonderen Schutz haben, und die uneingeschränkte Rechenschaftspflicht für alle gegen sie begangenen Verstöße zu fordern;

Or. en

Änderungsantrag 54
Rima Hassan, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Ilaria Salis, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Irene Montero
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe ab

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
ab) die Resolution 2803 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 17. November 2025 zu dem umfassenden Plan zur Beendigung des Gaza-Konflikts als Schritt zu einem verstärkten Dialog und zur Vertrauensbildung zwischen allen einschlägigen Interessenträgern und als glaubwürdigen Weg zu einer Zweistaatenlösung zur Kenntnis zu nehmen; zu betonen, dass es wichtig ist, weiterhin Synergieeffekte und die Zusammenarbeit zwischen etwaigen neuen Mechanismen und bestehenden internationalen Friedens- und Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen auszuloten; aktiv mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, damit ein dauerhafter Waffenstillstand, der wirksam umgesetzt und eingehalten wird, und die vollständige Verwirklichung der Zweistaatenlösung erreicht wird; alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich Kriegsverbrechen, zu verurteilen;	ab) die Resolution 2803 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 17. November 2025 zu dem umfassenden Plan zur Beendigung des Gaza-Konflikts als Schritt zu einem verstärkten Dialog und zur Vertrauensbildung zwischen allen einschlägigen Interessenträgern und als glaubwürdigen Weg zu einer Zweistaatenlösung zur Kenntnis zu nehmen; zu betonen, dass es wichtig ist, weiterhin Synergieeffekte und die Zusammenarbeit zwischen etwaigen neuen Mechanismen und bestehenden internationalen Friedens- und Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen auszuloten; aktiv mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, damit ein dauerhafter Waffenstillstand, der wirksam umgesetzt und eingehalten wird, und die vollständige Verwirklichung der Zweistaatenlösung erreicht wird; alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich ***von Israel begangene*** Kriegsverbrechen, zu verurteilen; ***die Auffassung zu vertreten, dass inzwischen eindeutig belegt ist, dass Israel gegen zahlreiche Regeln und Verpflichtungen des Völkerrechts verstößt und es unter eklatanter Missachtung der Anordnungen des Internationalen***

Gerichtshofs in schwerwiegender Weise versäumt hat, das Verbrechen des Völkermords zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 55
Rima Hassan, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Danilo Della Valle, Hanna Gedin, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, Estrella Galán, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Giorgos Georgiou, Irene Montero
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe ab a (neu)

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
	aba) das beispiellose Ausmaß der Tötung und Verwundung von Zivilisten im Gazastreifen, die massive Vertreibung der Bevölkerung und die systematische Zerstörung von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen durch Israel zu verurteilen; ferner zu verurteilen, dass Israel humanitäre Hilfe blockiert, was dem Einsatz von Aushungerung als Methode der Kriegsführung gleichkommen könnte; das in Israel vorgeschlagene „Gesetz über die Todesstrafe“, das sich gezielt gegen Palästinenser richtet, zu verurteilen; die Auffassung zu vertreten, dass inzwischen eindeutig belegt ist, dass Israel gegen zahlreiche Regeln und Verpflichtungen des Völkerrechts sowie gegen Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel[1a] verstößt und es unter Missachtung der Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs versäumt hat, das Verbrechen des Völkermords zu verhindern; daher das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel auszusetzen;

[1a] Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den

Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits (ABl. L 147 vom 21.6.2000, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2000/384/oj).

Or. en

Änderungsantrag 56
Rima Hassan, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Hanna Gedin, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, Estrella Galán, João Oliveira, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Giorgos Georgiou, Irene Montero, Danilo Della Valle
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe ab b (neu)

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
	abb) das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel auszusetzen und zu überdenken, ob die EU ein Abkommen beibehalten soll, das zur Legitimierung und Finanzierung eines Staates beiträgt, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen begeht;

Or. en

Änderungsantrag 57
Rima Hassan, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Hanna Gedin, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, João Oliveira, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Giorgos Georgiou, Irene Montero, Danilo Della Valle
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe ab c (neu)

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
	abc) zu fordern, dass alle Waffenausfuhren nach Israel im Einklang mit dem Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates[1a] und den Verpflichtungen, die sich aus den Artikeln I und III Buchstabe e der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ergeben, eingestellt werden, da mit diesen Waffen Kriegsverbrechen begangen werden; zu betonen, dass die ernste Gefahr besteht, Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Völkermord zu leisten, wenn solche Transfers nicht gestoppt werden;

[1A] Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 99, ELI: http://data.europa.eu/eli/compos/2008/944/oj).

Or. en

Änderungsantrag 58
Rima Hassan, Anthony Smith, Emma Fourreau, Manon Aubry, Hanna Gedin, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, Marc Botenga, Damien Carême, Leila Chaibi, Giorgos Georgiou, Irene Montero, Danilo Della Valle
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe ab d (neu)

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
	abd) die wiederholten Angriffe, die israelische Streitkräfte auf Stellungen, Personal und Ausrüstung der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) im Südlibanon verüben – darunter direkter Beschuss, das Durchbrechen einer Stellung der Vereinten Nationen durch israelische Panzer sowie die Verwundung von mindestens fünf Friedenssicherungskräften und die Tötung von mindestens einem – aufs Schärfste zu verurteilen; darauf hinzuweisen, dass Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und Räumlichkeiten der Vereinten Nationen niemals ins Visier genommen werden dürfen und dass solche Angriffe nach dem Völkerrecht als Kriegsverbrechen gelten könnten; eine umfassende Rechenschaftspflicht sowie die uneingeschränkte Gewährleistung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit der UNIFIL zu fordern;

Or. en

Änderungsantrag 59
Danilo Della Valle, Rudi Kennes, Lynn Boylan, Konstantinos Arvanitis, Ilaria Salis, Marc Botenga, Giorgos Georgiou, Irene Montero
im Namen der Fraktion The Left

Bericht **A10-0103/2026**
Andrey Kovatchev
Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2025/2167(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 1 – Buchstabe ab e (neu)

Entschließungsantrag	*Änderungsantrag*
	abe) tiefe Besorgnis über die zurückhaltende Reaktion der EU bei der Untersuchung und Sanktionierung mutmaßlicher systematischer Verstöße Israels gegen das humanitäre Völkerrecht im Gazastreifen und im Westjordanland, einschließlich der unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt, der Ausweitung von Siedlungen und der Beschränkungen humanitärer Hilfe, zum Ausdruck zu bringen; die Inkonsistenz gegenüber Maßnahmen zur Kenntnis zu nehmen, die in anderen vergleichbaren Situationen ergriffen wurden; geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, einschließlich der sofortigen Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel im Einklang mit Artikel 2 EUV und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, um die Kohärenz und Glaubwürdigkeit des auswärtigen Handelns der EU sicherzustellen;

Or. en